

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU vom 7.1.2011 „Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen“ (Drs. 17/1607) erhält folgende Fassung:

Bahnfernverkehr für Bremen verbessern und ÖPNV-Träger miteinander vertakten

Die Erreichbarkeit eines Ziels mit dem Bahnfernverkehr ist nicht nur eine Frage der Bequemlichkeit für Reisende, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für jede Kommune. Pendlerinnen und Pendler wie Unternehmen sind auf eine gute Anbindung Bremens und Bremerhavens an den Schienenpersonenfernverkehr angewiesen. Ebenso sollte eine gute Vertaktung des Fernverkehrs mit den regionalen und lokalen Bus- und Bahngesellschaften erreicht werden.

Mit dem letzten Fahrplanwechsel im Dezember 2010 hat es bei einzelnen ICE-Verbindungen für Bremen Verschlechterungen gegeben. Bremerhaven wird seit einigen Jahren gar nicht mehr von den ICE der Deutsche Bahn AG angesteuert. Eine für das Land Bremen unbefriedigende Unternehmenspolitik wird aktuell weiter durch die Bundesregierung verschärft. Die Koalition von CDU/CSU und FDP erhöht mit jährlich zu leistenden, völlig unrealistischen Renditeforderungen den Spar- und Kostendruck auf die Deutsche Bahn AG, anstatt das Unternehmen auskömmlich zu finanzieren und dabei zu unterstützen, wieder qualitativ angemessene und zuverlässige Dienstleistungen für alle Bahnreisenden in ganz Deutschland anbieten zu können. Darunter leidet auch das Land Bremen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, sich beim Bund und bei der Deutsche Bahn AG für die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Fernverkehrsangebots für Bremen und Bremerhaven sowie einen effektiven Lärmschutz entlang der bremischen Hauptverkehrsstrecken einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, dass sie auf die jährlichen Sonderzahlungen der Deutsche Bahn AG an den Bund in Höhe von 500 Millionen Euro verzichtet und diese Mittel stattdessen in die Qualität und die Zuverlässigkeit des Schienennetzes und effektiven Lärmschutz reinvestiert werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Deutsche Bahn AG für eine Rückkehr zu der ICE-Kapazität zwischen Bremen und Hamburg des vorherigen Fahrplanzeitraums einzusetzen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit allen Bahndienstleistern über die regelmäßig notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Schienenpersonenfernverkehr im ständigen Dialog zu bleiben und ihnen gegenüber die verkehrspolitischen Interessen Bremens und Bremerhavens deutlich zu artikulieren, auch in punkto Lärmschutz.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Fahrpläne der BSAG mit den Fahrplänen der Deutsche Bahn AG, der NordWest-Bahn GmbH und der metronom Eisenbahngesellschaft GmbH besser abzustimmen und sich für einen integrierten Taktfahrplan (ITF) einzusetzen. Dieses gilt insbesondere für Fahrten in den Tagesrandzeiten. Dazu soll die Einrichtung von Kommunikationsschnittstellen unter den Unternehmen zum besseren Erreichen von Anschlüssen im Verspätungsfall geprüft und die technische wie finanzielle Machbarkeit dargestellt werden.

Reimund Kasper, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN